Philipp-Christian Wachs

Die Inszenierung eines Schauprozesses - das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR[1]

Anfang Mai 1960 wurde in der DDR hunderttausendfach ein Steckbrief plakatiert. Er zeigte Theodor Oberländer, Bonner Vertriebenenminister, interessenpolitisches Schwergewicht in Konrad Adenauers zweitem Kabinett. Er war in den fünfziger Jahren die politische Stimme von bis zu einem Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung. Im Dritten Reich stand er oft in der ersten Reihe, in der Bundesrepublik war er ein Mann der ersten Stunde.

Die Initiatoren dieses Steckbriefs sind die Architekten und Akteure der ersten DDR-Großkampagne im Kalten Krieg. Von Albert Norden bis zu Hilde Benjamin, von Walter Ulbricht bis zu Erich Mielke, von Friedrich Wolff bis zu Helene Weigel gab es eigentlich niemand in der DDR-Nomenklatur, der *nicht* gegen Oberländer ins Feld zog. Sie alle arbeiteten seit dem Sommer 1959 an dem, was Lew Besymenski die „Oberländer-Schlacht" getauft hatte. Ein sinnstiftendes Gemeinschaftswerk Osteuropas - initiiert vom KGB in Moskau, federführend koordiniert vom SED-Politbüro in Ost-Berlin. Die DDR war dabei angetreten, in großem Stil ihre Mechanismen des instrumentalisierten Antifaschismus und seine eingeübten Rituale zu erproben. Am Ende stand, am 20. April 1960, ein Bonner Minister *in absentia* vor einem Ost-Berliner Gericht - ein Novum nach 1945.

Albert Norden als geistiger Vater der DDR-Propaganda hatte leichtes Spiel, denn die eklatanten Versäumnisse Bonns im Umgang mit der eigenen Vergangenheit mussten von den Propagandisten der *SED* nicht erfunden, sondern nur aufgesammelt werden. Doch ich warne vor früher

[1] Vortrag beim Berliner LStU am 11. April 2001.
Auf Fußnoten wurde verzichtet. Die Quellen zu den in diesem Vortrag geschilderten Ereignissen und herangezogenen Dokumenten finden sich in meinem Buch „Theodor Oberländer (1905-1983) - Ein Lehrstück deutscher Geschichte", Frankfurt/M., New York 2000.

Steckbrief

MÖRDER GESUCHT!





GESUCHT WIRD

Ernst Erich Emil Otto **Theodor Oberländer,** geboren am 1. Mai 1905 in Meiningen, zuletzt **Minister in Bonn,** wohnhaft: Husarenstraße 30

PERSONENBESCHREIBUNG

Oberländer ist etwa 1,70 m groß, untersetzt; volles Gesicht; Haar mittelblond, kurzgeschnitten; Augen blau.
Oberländer ist Bundestagsabgeordneter der Adenauer-CDU.
Er hält sich meist in Bonn auf. Besonders zu achten ist auf Zusammenkünfte der „Ostforscher" und auf Revanchekundgebungen der sogenannten Landsmannschaften.
Oberländer verfügt über große Geldmittel. Er bezieht monatlich 3000 Westmark Minister-Pension und etwa 3000 Westmark Abgeordneten-Diäten.

GEGEN OBERLÄNDER

läuft ein richterlicher Haftbefehl

Er wurde am 29. April 1960 vom Obersten Gericht der DDR verurteilt zu

LEBENSLÄNGLICH ZUCHTHAUS

- **wegen fortgesetzt begangenen Mordes,**
- **wegen fortgesetzter Anstiftung zum Mord,**
- **wegen fortgesetzter Teilnahme an Verbindungen, die Verbrechen gegen das Leben bezweckten, und**
- **wegen fortgesetzt begangener Aufforderung anderer zur Begehung von Verbrechen.**

WIR WARNEN

die Bevölkerung vor der Gemeingefährlichkeit dieses Verbrechers, der

- **schon 1923 mit Hitler gegen die Weimarer Republik putschte,**
- **höchste Ämter in der SA und NSDAP einnahm,**
- **als Agent der Nazi-Spionage Hitlers 5. Kolonne organisierte,**
- **die Ausrottung ganzer Völker in Wort und Schrift propagierte,**
- **als Führer der faschistischen Sondereinheit „Nachtigall" die volle Verantwortung für die Massenmorde in Lwow im Juli 1941 trägt;**
- ~~**im Kaukasus und an anderen Stätten faschistischer Barbarei mit seinem Regiment „Bergmann" wütete.**~~

Als tiefbrauner Nazi und Leiter des CDU-Landesverbandes Oder-Neisse plant und organisiert der des fortgesetzten Mordes überführte und verurteilte Oberländer

heute neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Gegen Oberländer liegt Haftbefehl vor. Seine Auslieferung ist beantragt.
Wir rufen die Bevölkerung zur Mithilfe bei der Festnahme des Mörders und bei seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben auf. Wir machen besonders auch auf seine Hintermänner aufmerksam, die ihn vor der Strafverbüßung schützen und decken: Adenauer, Strauß, Schröder und Pferdmenges.

Wir fordern alle Bürger der DDR auf, daran mitzuwirken, daß Oberländer und seinen Bonner Gönnern jede Möglichkeit genommen wird, das deutsche Volk noch einmal in einen verheerenden Krieg zu stürzen.

INS ZUCHTHAUS MIT OBERLÄNDER!

Schluß mit der Bonner Revanchepolitik!

Genugtuung: auf *beiden* Seiten des Eisernen Vorhangs war die Oberländer-Kampagne ein besonders anschauliches und faszinierendes Beispiel dafür, wie weit das Dritte Reich in das geteilte Deutschland der Nachkriegszeit hineinreichte. Wir werden davon noch hören. Dazu hat ausgerechnet Günther Gaus vor kurzem gegenüber Gregor Gysi bemerkt, das Angenehme der DDR sei gewesen, dass sie keine Globkes gehabt habe - bis er gemerkt hätte, sei seien nur besser versteckt gewesen.

Doch widmen wir uns zunächst dem Angeklagten. Was im Westen der Fall Oberländer, im Osten die "Oberländer-Schlacht" hieß, bestimmte seit dem Sommer 1959 als eines der führenden Themen die gesamtdeutschen Medien und die Politik. Dies wirkt bis heute nach. Fragt man im Osten Berlins Menschen jenseits der Sechzig nach Oberländer, kennen ihn noch viele. Die Antwort ist meist die gleiche: Er sei der "Mörder von Lemberg", der viele tausend Tote auf dem Gewissen habe. Doch dieses vermeintliche Wissen ist kein Privileg des Ostens und der Elterngeneration. Im Sommer 1996 fand eine Demonstration mit Farbbeutelwürfen, Hakenkreuzschmierereien und den wortgleichen DDR-Parolen von 1960 vor Oberländers Haus in Bonn statt. Das Durchschnittsalter der Demonstranten lag bei etwa 25 Jahren.

Diese Erlebnisse bestätigen den Befund, dass über Theodor Oberländer viel geschrieben, aber wenig geforscht wurde. Skizzieren wir deshalb in aller Kürze unseren Angeklagten und lassen wir Konrad Adenauer sprechen: "Tüchtig, kenntnisreich und - rücksichtslos". Wenig schmeichelhaft, aber durchaus präzise, wie Adenauer seinen neuen Minister Oberländer nach seinem Amtsantritt 1953 beschrieb. Tüchtig war er, Theodor Oberländer, als oberster Anwalt der Vertriebenen. Als geistiger Vater der Friedlandhilfe, als Herrscher über die Mittel und Institutionen des Lastenausgleichs sah er sich stets in einem Wettlauf mit der Zeit. Die Last seiner siebenjährigen Arbeit von 1953 bis 1960 war bemerkenswert. Vierunddreißig Gesetze, Novellen und Gesetzesänderungen tragen seine Handschrift. Sie bilden das Regelwerk des "zweiten deutschen Wirtschaftswunders", der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen.

Tüchtig war Oberländer, Jahrgang 1905, auch schon in früheren Zeiten. Er gehörte einer Generation an, die während des Ersten Weltkrieges aufgewachsen war, ihre politisch prägenden Erfahrungen aber erst in den Wirren der Nachkriegsjahre gemacht hatte. Das Leben des thüringischen

Protestanten Oberländer war seit frühester Jugend gekennzeichnet vom einem antibürgerlich-bündischen Gestus und der Hinwendung nach Osten. Für Weimar hatte er wenig übrig. Schon den jungen Oberländer zeichnet ein außerordentliches taktisches Geschick aus, verbunden mit dem Ehrgeiz, an exponierter Stelle das Zeitgeschehen mitzugestalten. Als Achtzehnjähriger war er im Jahre 1923 in München, als Hitler auf die Feldherrnhalle marschierte. Zwei Promotionen und eine Weltreise später folgte er seinem Drang nach Osten und ging 1931 nach Königsberg. Dort betrieb man den "Grenzlandkampf" gegen Polen als Teil des Kampfes gegen die so genannte "Schande von Versailles".

In Königsberg erwarteten bündisch geprägte nationalkonservative Wissenschaftler wie Oberländer die Machtergreifung der Nationalsozialisten mit Spannung - quasi als Elite im Wartestand. Sie schlossen 1933 ohne sichtbare Reibungsverluste in die akademischen Reihen des Nationalsozialismus auf. Theodor Oberländer war einer ihrer profiliertesten Köpfe. Der agile Doppeldoktor wurde mit achtundzwanzig Jahren im Sommer 1933 per Sondererlaubnis habilitiert, und trat an seinem Geburtstag der *NSDAP* bei - Vorsorge eines Ehrgeizigen mit wachem Sinn für das Opportune. Schon bald war er an der Seite von Gauleiter Erich Koch im Zentrum der Macht. Er saß als Spinne im Netz der politischen, wissenschaftlichen und militärischen "Grenzlandarbeit" und vereinte auf diesem Feld ein Bündel an Kompetenzen und Ressourcen, an Macht und Mitteln in seiner Hand, das seinesgleichen suchte.

Ganz in der Tradition der Zwischenkriegszeit rüstete Oberländer zum intellektuellen Krieg für die Verteidigung des "Deutschtums" in Osteuropa. Er wollte dafür die Nachwuchselite im Wartestand mit den Funktionären der *NSDAP* zusammenzuführen. Oberländer selbst verlor 1937 durch eine Intrige des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch alle seine Ämter. Er taugte in den Augen Kochs und anderer NS-Extremisten in Partei und *SS* einfach nicht als ein Vordenker der Vernichtung. Die Radikalisierung der NS-Außenpolitik und ihrer ostpolitischen Ideen spülte seit 1936 eine neue Forschungs- und Funktionselite an die Schalthebel der Macht. Diese nachwachsenden Aufsteiger waren sehr viel bedenkenloser bereit, den Weg hin zu Planungswahn und industriellem Massenmord unter der Ägide der *SS* zu gehen.

Doch Oberländer war zeitlebens ein guter "Netzwerker", ausgestattet mit der Fähigkeit, Karriereknicks stets weich aufzufangen. In den Reihen der deutschen Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris fand der Osteuropakenner Zuflucht. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lehnten es Canaris und Oberländer ab, Osteuropa und die Sowjetunion unterschiedslos als einen Schmelztiegel von Minderwertigen anzusehen. Sie wollten Moskau von innen schlagen und setzten darauf, den nichtrussischen Völkerschaften als Eroberer besondere Beachtung zu schenken, um sie auf die Seite der Deutschen zu ziehen.

Für Canaris konzipierte Oberländer 1940 in diesem Geist die deutsch-ukrainische Freiwilligeneinheit *Nachtigall* und 1941/42 den deutsch-kaukasischen Sonderverband *Bergmann*. Oberländers positive Führungserfahrungen, verknüpft mit seiner Kritik an der Härte und Konzeptionslosigkeit deutscher Besatzungspolitik im Osten, führten im Oktober 1943 auf direkte Weisung des *Reichsführers-SS*, Heinrich Himmler, zu seiner Ablösung als Kommandeur. Lagerhaft und SS-Bestrafung ließen sich durch einflussreiche Kontakte knapp vermeiden, und die näherrückende Ostfront machte Oberländer bald vom drangsalierten Paria zum gesuchten Experten. Im März 1945 trat Oberländer als Verbindungsoffizier in den Stab der Wlassow-Armee und geriet wenig später in amerikanische Gefangenschaft.

Kenntnisreich, das zweite Attribut Adenauers, war Oberländer vor allem in seiner abgrundtiefen und aggressiven Abneigung gegen die Sowjetunion. Für ihn stand der Feind links und in Moskau, verkörpert durch Josef Stalin und den Kommunismus. Gegen diesen Feind kämpfte Oberländer voller Überzeugung unter wechselnden Herren. Als Ostforscher und Offizier war sein Ziel im Krieg gewesen, Moskau von innen zu schlagen - einen Kampf, den er nur an seinem letzten Kriegstag gewann: Tausende Überlebende der Wlassow-Armee, die von den Amerikanern nicht an Stalin ausgeliefert wurden, verdanken ihr Leben dem Verhandlungsgeschick Oberländers. Nicht nur General Wlassow, auch die Amerikaner wollten auf Oberländers Sachverstand keinesfalls verzichten. Seine Entnazifizierung glich einer pragmatischen Sanktion, und schon im Herbst 1945 beriet der Ostexperte den US-Militärgeheimdienst CIC in sowjetischen und Osteuropafragen.

Wenige Jahre später stand er als Bundesminister mit der gleichen Energie bedingungslos an der Seite Konrad Adenauers. Als erprobter Grenzlandkämpfer sah Oberländer sein Ministerium als Kampfplatz an der innerdeutschen Front des Kalten Krieges, wie er gegenüber John McCloy mehrfach betonte. Für ihn war Deutschland das abendländische Bollwerk, das es gegen Moskau zu halten gelte. Der *Spiegel* spottete, Oberländer sehe sich als "antibolschewistischer Stöpsel, ohne den sich die rote Springflut in das europäische Becken ergießen würde". Als solcher kämpfte er von 1953 bis 1960 seinen persönlichen Siebenjährigen Krieg - den er, anders als Friedrich der Große, nicht durch den unverhofften Tod seines Hauptfeindes gewinnen sollte.

Adenauer erkannte und nutzte die Vision, die Oberländer mit seinem Amt verband. Für den Pragmatiker aus Köln konnten umstrittene NS-Karrieren wie die Oberländers auf den Willen zur weitgefassten Pardonierung rechnen, wenn die Leistung in der Tagespolitik stimmte: "Wenn man kein sauberes Wasser hat, schüttet man das trübe nicht weg!"

Rücksichtslosigkeit, Adenauers dritter Punkt, war ein Charakterzug, der in Oberländers Leben eine Schlüsselrolle spielt. Der vierschrötige, humorlose Mann betrieb seine Karriere mit einer Zielstrebigkeit, die Mitstreitern und Widersachern erst in dem Moment klar wurde, als Oberländer sie bereits überflügelt hatte. Im Dritten Reich hatte er so zunächst seinen Aufstieg begünstigt und später, verbunden mit Dreistigkeit und taktischer Geschmeidigkeit, Leben und Karriere gerettet. Nicht umsonst hatte Adenauer seine Vita vor 1945 mit einem zweifelhaften Prädikat versehen: "Er war einer von den Anständigeren - nicht von den Anständigen."

Nach dem Krieg begleiteten Intrigen und taktische Allianzen seinen kometenhaften zweiten Aufstieg aus der Asche der Trümmerberge. Seine Mitgliedschaften in diversen Parteien, von der *FDP* über den *BHE* bis schließlich zur *CDU*, handhabte Oberländer als politischer Wandervogel äußerst flexibel. Er benutzte sie als Wetterschutz seines Aufstiegs, als Transmissionsriemen seiner persönlichen Interessen. Taktisches Gespür und gute Witterung führten ihn bald in die Reihen des *Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten,* der am schnellsten wachsenden politischen Gruppierung der Nachkriegszeit. Dort trug ihn ein schwindelerregend kurzer Marsch durch die Institutionen - und eine Reihe von

Intrigen - innerhalb von Wochen in die bayerische Staatsregierung. Und als er 1953 als Vertriebenenminister vereidigt wurde, hatte er nur knapp drei Jahre gebraucht, um von einem namenlosen Zuhörer in einer *BHE*-Versammlung zu einem *BHE*-Minister der Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Zum Nutzen des Landes spielte der Minister ein doppeltes Spiel. Öffentlich beschwor er in markigen Sonntagsreden das Recht auf Heimat. Hinter den Kulissen aber war er Adenauer eine loyale Stütze und mobilisierte zuverlässig die *BHE*-Reihen im Bundestag für die Wiederbewaffnung und die Westverträge. Damit zementierte er in den Augen der allermeisten Vertriebenen die deutsche Teilung erst recht durch Bonns dauerhafte Verankerung im Westen. Doch für Oberländer war dies unabdingbar, um Moskau auf Distanz zu halten und die Vertriebenen möglichst schnell von Notstands- zu Wohlstandsbürgern werden zu lassen.

Dafür stürzte er 1954 seinen *BHE*-Parteivorsitzenden Waldemar Kraft und spaltete ein Jahr später auch die Partei. Durch einen Übertritt zur CDU brachte er sein Amt und seine Karriere rechtzeitig aus der Konkursmasse der Partei in Sicherheit. Oberländer wollte auf neuem Weg zum alten Ziel gelangen, nun in der Partei Adenauers. Innenpolitisch umstritten wie kaum jemand in dieser Zeit, wusste Oberländer um die politische Protektion des Bundeskanzlers und revanchierte sich durch bedingungslose Loyalität. Ungeachtet seiner taktischen Fähigkeiten war es nur eine Frage der Zeit, bis er durch Weggefährten und politische Gegner von allen Seiten ein Bündel alter Rechnungen präsentiert bekommen würde. Im Sommer 1959 war es so weit: der allseits umstrittene Oberländer geriet ins Fadenkreuz Albert Nordens.

Die Zielanalyse Ost-Berlins erweist sich auch aus heutiger Sicht als perfekt, Oberländer war nachgerade ein Wunschkandidat für jedwede Form der Propaganda. Er war amtierender Minister. Sein Lebenslauf war mehr als umstritten und bot eine Fülle von Stationen, bei denen durch (selektives) Wühlen in der Vergangenheit schnell eine heftige Diskussion auszulösen war, die sich rapide verselbständigen und an zerstörerischer Kraft gewinnen konnte. Oberländers Kontinuitätsdenken, eine Steilvorlage für jeden Propagandisten, ließ sich dabei bestens gegen ihn verwenden. Theodor Oberländer, der einstige Nachwuchsstar der deutschen Ostforschung, eignete sich als Zielscheibe besser, als Hans Globke

oder Heinrich Lübke es je tun konnten. In der "Oberländer-Schlacht" sollte ein langjähriger, erprobter politischer Feind nunmehr mit vereinten Kräften ausgeschaltet werden.

Aufhänger dafür waren Verbrechen in der ersten Juliwoche 1941 beim deutschen Einmarsch in Lemberg. Die Rote Armee, ukrainische Milizen, die SS und Teile der Wehrmacht richteten hier nacheinander in sieben Tagen ein entsetzliches Massaker an. Die Opfer waren etliche tausend Juden, ukrainische Nationalisten und 38 bekannte polnische Professoren und Exilpolitiker. Vor allem diese sieben Lemberger Tage bildeten den propagandistischen Rohstoff, aus dem die Kampagne geformt wurde. Daneben wurde Oberländer vorgeworfen, an der Spitze seines Sonderverbandes *Bergmann* im Kaukasus etliche Morde begangen zu haben.

Es begannen alles im Sommer 1959. Nikita Chruschtschow selbst gab den Startschuss, als er in seiner Rede am 3. Juli 1959 in Mauthausen sagte, der Ort mahne daran, dass in der westdeutschen Regierung Erznazis wie Oberländer säßen. Am 3. August folgte eine Strafanzeige des Präsidiums der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* in Frankfurt am Main, einer Organisation, die personell wie pekuniär aus Ost-Berlin unterstützt wurde. Die *VVN* beschuldigte drei Personen, verantwortlich zu sein für die Ermordung von "310.000 Juden, Polen und Kommunisten" in der Zeit vom 30. Juni 1941 bis zum 20. November 1943 - unter ihnen Theodor Oberländer.

Speziell beim deutschen Einmarsch in Lemberg habe Oberländer nach einer persönlichen Unterredung mit Hitler in der ersten Juliwoche 1941 in Lemberg "3.000 Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Professoren, Wissenschaftler, Kirchenpersönlichkeiten und andere Vertreter der polnischen Intelligenz ermordet bzw. hingerichtet". In den Gefängnissen sowie an verschiedenen Orten außerhalb der Stadt seien später weitere 62.000 Menschen erschossen worden. Die östliche Urheberschaft ließ sich nicht ganz verleugnen: die Anzeige der *VVN* entsprach nahezu wörtlich dem Text zweier Artikel über Oberländer, die wenige Tage vorher in Moskau und in Prag erschienen waren.

Flankierend dazu brachte das *Neue Deutschland* bereits am 1. Juli 1959 einen ganzseitigen Artikel über den "Massenmörder Oberländer am Werk". In einer "Bartholomäusnacht" habe er die slawische Intelligenz

ausgerottet und sei für das "blutige faschistische Massaker in der sowjetischen Stadt Lemberg, wie sie es in der Sprache deutscher Kolonisatoren zu nennen pflegen", verantwortlich. Auch dieser Text glich in Struktur und Wortwahl der VVN-Anzeige und einer Titelgeschichte der in Fulda erscheinenden VVN-Zeitung "*Die Tat*". Sie hatte Oberländer bereits am 11. April 1959 eine erste Titelgeschichte gewidmet.

Angesichts der VVN-Vorwürfe könnte man vermuten, ein Täter Oberländer wäre in einer Untersuchung der Lemberger Vorgänge oder während der Nürnberger Prozesse erwähnt worden - Fehlanzeige. Zwar hatte die Rote Armee 1944 die Vorgänge in Lemberg untersucht und am 23. Dezember 1944 in der *Iswestija* eine Liste mit 69 deutschen Verantwortlichen veröffentlicht; Oberländer war nicht darunter. Achtzehn Jahre später befiel Moskau offensichtlich die kollektive Erinnerung, denn besonders für den sowjetischen Präsidenten Chruschtschow war Oberländer der perfekte Sündenbock. Chruschtschow selbst hatte als regional verantwortlicher KP-Chef Ende Juni 1941 die Erschießungen ukrainischer Nationalisten in den Lemberger Gefängnissen befohlen, bevor die Deutschen in Lemberg einmarschierten. Fasste man diese Toten mit den Lemberger Pogromopfern und den von den Deutschen planmäßig ermordeten Juden und Polen zusammen, entstand aus drei Massakern ein einziges großes. Auf diese Weise ließ sich für Chruschtschow ein persönliches kleines Katyn schaffen, das man den Deutschen in die Schuhe schieben konnte. Die eigenen Leichen im Keller verschob man zu demjenigen, der Lemberg mit seiner Einheit als erster Deutscher betreten hatte: Theodor Oberländer.

Der wiederum reagierte auf diese Attacken auf die gewohnt hemdsärmelige Art, dabei keinesfalls souverän, sondern ausgesprochen nervös. Am 22. September 1959 debattierte er mit Bundeskanzler Adenauer eine Dreiviertelstunde lang seinen möglichen Rücktritt - den Adenauer entschieden ablehnte. Solchermaßen bestärkt, begab er sich noch am gleichen Abend nach Fulda - an den Sitz des Druckhauses der *Tat*, die eine Sonderausgabe zu seinem Fall angekündigt hatte. Dort erstattete er um Mitternacht Strafanzeige gegen den Verlag und den verantwortlichen Redakteur der *Tat* wegen übler Nachrede und Verunglimpfung und erwirkte eine Einstweilige Beschlagnahmeverfügung gegen die Nummer 39 der *Tat*. Um vier Uhr morgens drang er an der Spitze der Fuldaer Kriminalpolizei, die praktisch ihr gesamtes Personal aufgeboten hatte, in das Druckhaus ein und ließ die Zeitungsstapel höchstselbst beschlagnahmen. Anschließend fuhr er nach Bonn zurück und saß um 10 Uhr pünktlich in der wöchentlichen Kabinettsitzung.

Eine Woche später redete er sich in einer Bonner Pressekonferenz vor mehr als hundert Journalisten um Kopf und Kragen und bestritt, in Lemberg überhaupt etwas von Ausschreitungen bemerkt zu haben. Seinen Schirmherrn Adenauer brachte er damit mehr und mehr in Bedrängnis. Er war schon längst zu einer schweren innen- und außenpolitischen Belastung geworden. Musste die Bonner Regierung ohnehin schon im Zusammenhang mit den Ost-West-Verhandlungen seit Sommer 1959 einen politischen Gesichtsverlust hinnehmen, so litt ihr moralisches Ansehen durch Oberländer umso mehr. Adenauer und die Bundesregierung sahen sich durch die politische Gesamtkonstellation immer stärker in die Defensive gedrängt, hatten indes den Zeitpunkt längst verpasst, den Fall Oberländer gesichtswahrend zu lösen. Trat Oberländer zurück, stellte sich die Frage, wen der Osten als nächsten aufs Korn nehmen würde. Blieb er im Amt, stellte sich die Frage nach dem außenpolitischen Schaden. Die Bundesregierung saß in einer Zwickmühle.

An diesem Punkt setzte Albert Norden mit sowjetischer Hilfe an, um Oberländer aus dem Amt zu treiben - durch einen Schauprozess in Ost-Berlin, vor dem Obersten Gericht der DDR. Die Staatsanwaltschaft in Bonn ermittelte nach der VVN-Anzeige seit Herbst 1959 in zwei Verfahren gegen Oberländer wegen der Vorkommnisse in Lemberg und im Kaukasus, lehnte aber einstweilen die angebotene Ost-Berliner Amtshilfe durch Übergabe von Belastungsdokumenten ab.

Deshalb hatte Norden zur Planung seines eigenen Prozesses am 26. November 1959 sechs Kader in sein Büro gebeten. Er wollte dreierlei erörtern: erstens zu klären, ob ein demonstrativer Prozess vor einem "Gremium hervorragender Persönlichkeiten" angestrebt werden sollte oder ein ordentliches Verfahren vor dem Obersten Gericht der DDR. Zweitens, bei wem die Federführung für die Konzeption und Durchführung liegen solle, und drittens wollte er als Ergebnis der Diskussion eine Vorlage für das Politbüro ausarbeiten. Die Besetzung war hochkarätig: es diskutierten

- **Friedrich Karl Kaul,** kampferprobter "Kronanwalt" der DDR, eines der schärfsten Floretts Ost-Berlins im Kalten Krieg und als Anwalt und DDR-Nebenkläger in Prozessen gegen Naziverbrecher in der Bundesrepublik quasi eine Legende
- **Gerhard Kegel,** Ulbrichts außenpolitischer Berater im ZK
- **Josef Streit** aus der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen der *SED*, zukünftiger Generalstaatsanwalt der DDR
- **Klaus Sorgenicht**, mit 36 Jahren Leiter der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen der *SED*
- **Arne Rehahn**, seit 1959 der für Langzeitkampagnen der DDR zuständige Abteilungsleiter im ZK der *SED*
- **Max Schmidt**, wissenschaftlicher Mitarbeiter aus Streits ZK-Abteilung und mit 27 Jahren der jüngste Teilnehmer der Runde

Ein erstes Papier dieser Runde sah einen Prozess von etwa acht bis zehn Verhandlungstagen vor. Er sollte in der letzten Januarwoche 1960 stattfinden. Die "propagandistische Veröffentlichung sollte bereits bei den einzelnen Phasen des Vorverfahrens" einsetzen, und die entsprechenden *SED*-Abteilungen würden das Verfahren arbeitsteilig vorbereiten. Die juristische Seite sollte der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen obliegen, die politische Vorbereitung bei der Westkommission des Politbüros angesiedelt sein, und der *Ausschuss für Deutsche Einheit* sollte die erforderlichen Zeugen, Dokumente, Sachverständigen etc. beschaffen.

Allerdings dauerte die Klärung prozessrechtlicher Fragen und anderer Details noch bis in den Januar 1960. Unter anderem stand die Frage der örtlichen Zuständigkeit des Obersten Gerichts der DDR bis zuletzt im Raum. Eine Zuständigkeit nach dem Tatortprinzip war nicht gegeben, denn die vermeintlichen Verbrechen Oberländers hatten durchweg außerhalb Deutschlands stattgefunden. Ein Zufallsfund der Staatssicherheit brachte Rettung. Oberländers letzter Wohnsitz vor dem Krieg lag in Greifswald, Gerdingstraße 12. Dort war er seit 1938 als Eigentümer eines Zweifamilienhauses im Grundbuch eingetragen. So wurde die örtliche Zuständigkeit des Obersten Gerichtes der DDR über seinen letzten Wohnsitz konstruiert. Dafür musste die DDR-Strafprozessordnung durchaus eigenwillig interpretiert werden, denn ihr Paragraph 14 Abs. 2 besagte, dass, falls ein Beschuldigter keinen Wohnsitz in der DDR habe, die Zuständigkeit durch den gewöhnlichen Aufenthaltsort und nur, falls ein solcher nicht bekannt ist, durch den letzten Aufenthaltsort oder Wohnsitz

begründet würde. Obwohl der gewöhnliche Aufenthaltsort Oberländers, Bonn, beinahe jeden Tag in allen Zeitungen der DDR gebrandmarkt wurde, hatten Norden und seine Mitstreiter keine Bedenken, so zu verfahren. Da Oberländer bei der Hauptverhandlung sicher abwesend sein würde, sollte er öffentlich geladen und ihm ein Pflichtverteidiger zur Seite gestellt werden, um die Wirkung insbesondere im westlichen Ausland sicherzustellen. Das Urteil gegen ihn sollte Oberländer anschließend zugestellt und veröffentlicht werden.

Weiterhin stützte sich das Prozesskonzept bislang lediglich auf Dokumente als Beweismaterial und sah bislang keine Zeugen vor - wenig überzeugend gerade für die Wirkung im westlichen Ausland. Deshalb hatten KGB und MfS bereits mit der Suche nach geeigneten Zeugen begonnen. Sie sollten schon während des Ermittlungsverfahrens vernommen werden, damit ihre Aussagen in der Anklageschrift noch verwertet werden konnten.

Norden nominierte nun eine Kommission unter Führung von Hilde Benjamin, um den Prozess vorzubereiten. Juristischerseits gehörten ihr Friedrich Karl Kaul, Josef Streit, Staatsanwalt Werner Funk sowie Gustav Jahn, Vizepräsident des Obersten Gerichts der DDR, an. Ihnen standen mit Arne Rehahn und Adolf Deter, dem Sekretär des *Ausschusses für Deutsche Einheit*, zwei erfahrene Propagandisten zur Seite. Zufrieden schrieb Norden am 11. März in seiner Vorlage für das Politbüro: "Unsere politische Kampagne gegen den Bonner Minister Oberländer hat inzwischen ein weltweites politisches Echo gefunden (...) [aus dem hervorgeht,] daß unsere Enthüllungen beträchtlich dazu beigetragen haben, das Bonner System zu diskreditieren und die Wesensgleichheit seiner Politik mit der des Hitlerfaschismus zu dokumentieren und zu beweisen (...) In Westdeutschland hat unsere Oberländer-Kampagne zur weiteren Differenzierung der politischen Kräfte geführt, Unsicherheit und Auseinandersetzungen bis in die Reihen der *CDU/CSU*-Fraktion erzeugt und der Bevölkerung an einem anschaulichen Beispiel die faschistisch-militaristische Führung des Staatsapparates deutlich gemacht. Im Hinblick auf die bevorstehende Gipfelkonferenz soll der [Oberländer-] Prozeß dazu dienen, auch auf diesem Wege das Bonner System zu entlarven, den demokratischen Kampf gegen die westdeutschen Revanchisten und Militärfaschisten wirksam voranzutreiben und die Rolle der DDR als Wahrer der nationalen Interessen, als deutscher Friedensstaat und Verfechter der

Ziele der Anti-Hitler-Koalition zu unterstreichen. Das Politbüro begrüßt deshalb den Beschluß des ZK der *KPdSU*, Zeugen zur Verfügung zu stellen. Weitere Zeugen seien durch den Generalstaatsanwalt der DDR in Polen, der C[S]SR, Israel und der Bundesrepublik zu ermitteln und vorzuladen."

Das Politbüro gab am 15. März 1960 grünes Licht für den Oberländer-Prozess. Sein Ablauf und auch sein Urteil standen bis ins Detail bereits fest: "Oberländer schuldig zu sprechen, eine zeitliche Zuchthausstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Einzug seines Vermögens auszusprechen". Der Generalstaatsanwalt würde in einer Pressenotiz bekannt geben, dass er ein Ermittlungsverfahren gegen Oberländer eingeleitet habe, und gleichzeitig den Bonner Generalbundesanwalt zur Zusammenarbeit auffordern. Zwei Wochen später würde der DDR-Generalstaatsanwalt die Öffentlichkeit darüber informieren, auf Grund der Ermittlungsergebnisse werde Anklage gegen Oberländer erhoben. Danach solle Oberländer die Anklage zugestellt und er zum Prozess offiziell geladen werden. Nach dem rechtskräftigen Urteil werde Haftbefehl erlassen und er in die Fahndungsliste aufgenommen, anschließend der Steckbrief gedruckt.

Beginnen sollte der Prozess nun am 20. April. Es waren exakt fünf Verhandlungstage und zwei Tage für Plädoyers und Urteilsverkündung vorgesehen. Norden betonte gegenüber der Planungsgruppe, das Material müsse genau auf die einzelnen Tage aufgegliedert werden, damit eine politische Steigerung während des Prozesses garantiert sei und für jeden Tag wirksame publizistische Zeugenaussagen bzw. Fakten zur Verfügung stünden.

Um jedem Zweifel über seine Erhabenheit zuvorzukommen, hatte das Oberste Gericht nicht nur das Aktenzeichen des Prozesses (1 Zst (I) 1/1960) rückdatiert, um einen langwierigen Ermittlungsvorlauf vorzutäuschen. Norden säuberte das Gericht auch von einem kompromittierten Mitglied - Dr. Kurt Schumann, seinem Vorsitzenden. Schumann hatte als ehemaliges NSDAP-Mitglied in der Wehrmacht als Kriegsgerichtsrat gedient. Das hatte seinen Aufstieg bisher in keinster Weise behindert; vielmehr hatte er nach östlichem Maßstab eine vorbildliche Antifaschistenkarriere hinter sich. Im Jahre 1943 hatte er sich mit Generalfeldmarschall Paulus in Stalingrad der Roten Armee ergeben

und war dem *Nationalkomitee Freies Deutschland* beigetreten. Er gehörte zu den Gründern der NDPD und wurde acht Wochen nach Gründung der DDR Präsident ihres Obersten Gerichts. Nach einem Hinweis der *Times* auf seine Vorgeschichte sahen Norden und Ulbricht die Glaubwürdigkeit des Gerichts in Gefahr. Am 16. Februar 1960 entließ das Politbüro Schumann mit sofortiger Wirkung.

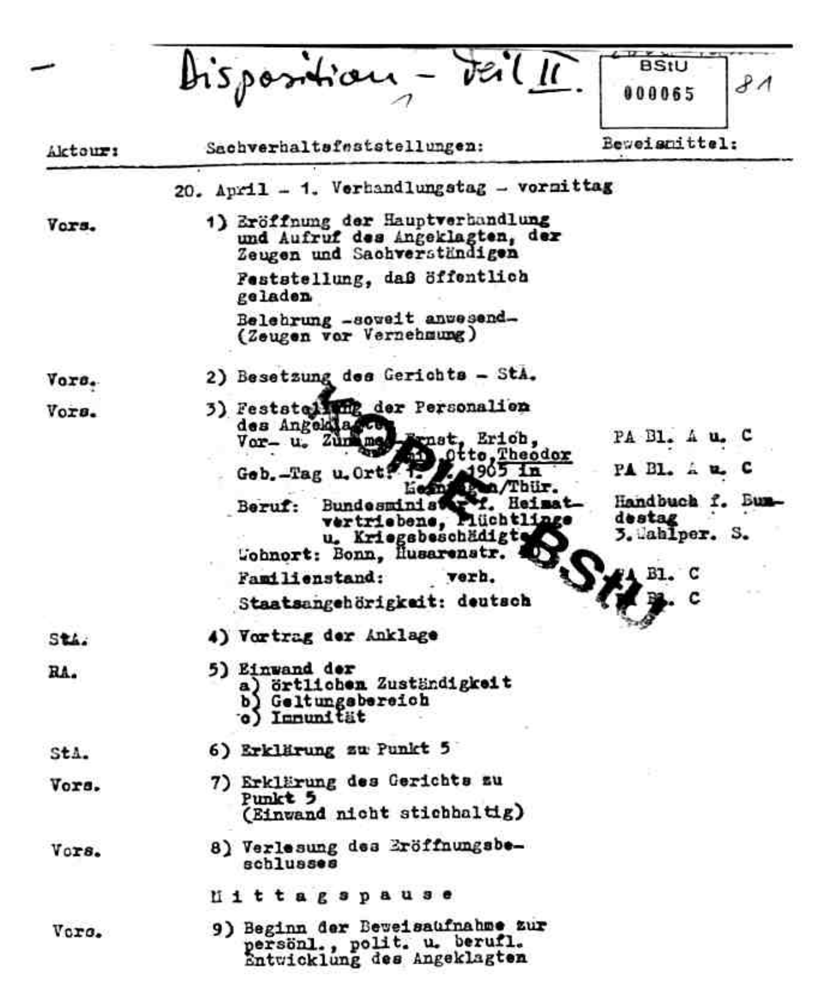
Eine Schlüsselfrage für die Glaubwürdigkeit des Prozesses war die Wahl von Oberländers Pflichtverteidiger. Ein erster Vorschlag lautete, das *CDU*-Mitglied Clemens de Maizière damit zu beauftragen, um die Außenwirkung des Prozesses zu verbessern. Dem Politbüro war dies allerdings zu riskant. Statt de Maizière wurden die *SED*-Mitglieder Dr. Friedrich Wolff, Vorsitzender des Ost-Berliner Anwaltskollegiums, und Dr. Gerhard Rinck aus Erfurt als Pflichtverteidiger benannt. Vor allem Wolff hatte nun alle Hände voll zu tun. Erst am 7. April wurde er nominiert, bis zum Prozessbeginn blieben ihm also noch ganze dreizehn Tage, um sich gründlich vorzubereiten. Einsicht in die Handakte des Staatsanwalts erhielt er nicht, er durfte sich nur von einigen Dokumenten handschriftliche Notizen machen. Alle beabsichtigten Anträge musste er dem Gericht vorher schriftlich zur Genehmigung einreichen.

"Alle Vorbereitungen des Prozesses gegen Oberländer laufen auf Hochtouren", schrieb Norden am 12. April 1960 zufrieden an Ulbricht, "Wir geben alle zwei Tage neue Meldungen heraus, um die Spannung aufrechtzuerhalten. Morgen werden die Einladungen unseres Justizministeriums an den Bonner Justizminister und des Rechtsausschusses der Volkskammer an den entsprechenden Bundestagsausschuss zur Teilnahme als Prozessbeobachter veröffentlicht. Von den angeforderten siebzehn Zeugen haben uns die sowjetischen Genossen neun fest zugesagt, die am 16. April hier eintreffen. Drei Tage vorher wird der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Sowjetunion kommen, um die Einzelheiten zu besprechen. Weitere Zeugen aus Israel, Polen usw. haben ihr Erscheinen zugesagt."

Wenige Tage vor dem Prozess ging Norden zufrieden das Drehbuch durch. Auf neun Seiten war für jeden Tag genauestens ausgearbeitet, wer welche Rolle zu übernehmen hatte.

Drei Spalten ("Akteur - Sachverhaltsfeststellung - Beweismittel") regelten den Ablauf. Zeitlich wie inhaltlich war nichts dem Zufall überlassen - selbst die Einwände der Verteidigung (und ihre Widerlegung durch das Gericht) waren im Voraus programmiert.

Lohnt es sich nun überhaupt, einen Prozess zu beschreiben, bei dem scheinbar nichts dem Zufall überlassen wird? Vielleicht doch. Greifen wir uns dazu einige Akteure heraus: vier Experten, zwei Zeugen, ein Phantom und einen Zuhörer.
Als juristische Experten hatte Norden zunächst Professor Herbert Kroeger, Rektor der *Deutschen Akademie für Staat und Recht "Walter Ulbricht"*, vorgesehen. Er sollte die örtliche und inhaltliche Zuständigkeit des Gerichts begründen und die Immunität des Regierungsmitglieds Oberländer widerlegen. Der Prodekan der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, Professor Peter Alfons Steiniger, erhielt den Auftrag, ein Gutachten zu erarbeiten zur Frage, wie sich aus dem Potsdamer Abkommen die Pflicht der DDR ableite, Oberländer als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen. Da Steiniger *SED*-Mitglied war, sollte Professor Gerhardt Reintanz, Hallenser Völkerrechtler und CDU-Mitglied, das Gutachten unter seinem Namen vortragen. Steiningers Handschrift ergab sich allerdings aus den Fußnoten: dort zitierte er sich meist selbst.
Dr. Felix-Heinrich Gentzen, ein Fachmann in Sachen Ostforschung, sammelte am Leipziger *Institut für die Geschichte der Erforschung der Volksdemokratien* schon seit langem Material gegen Oberländer. Er sollte dessen Rolle in den dreißiger Jahren bewerten. Am Vorabend des Prozesses wurde ihm noch ein weiterer Mitstreiter als "Sachverständiger Zeuge" zugeteilt, der über Oberländers Aktivitäten der dreißiger Jahre und die Kontinuitätslinien in die Zeit nach 1945 hinein aussagen sollte: Dr. Eberhard Wolfgramm. Für Norden war die Zusammensetzung dieser Expertenriege schlechthin genial, denn ihre Lebensläufe trieben sie alle dazu, durch ihren Auftritt vor dem Gericht ihre Loyalität zu Ulbrichts Staat zu beweisen. Herbert Kroeger war ehemaliges Mitglied in *NSDAP* und *SA*, später SS-Unterscharführer im *RSHA*. Trotz einer antifaschistischen Bilderbuchkarriere (Mitgliedschaft im *Nationalkomitee Freies Deutschland* und Schulung in Moskau, Prozessvertretung im KPD-Verbotsprozess 1955-56 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gemeinsam mit Kaul etc.) war er in der DDR-Nomenklatur während der fünfziger Jahre immer wieder umstritten.



Disposition - Teil II

BStU 000065 81

Aktour:	Sachverhaltsfeststellungen:	Beweismittel:
	20. April - 1. Verhandlungstag - vormittag	
Vors.	1) Eröffnung der Hauptverhandlung und Aufruf des Angeklagten, der Zeugen und Sachverständigen Feststellung, daß öffentlich geladen Belehrung -soweit anwesend- (Zeugen vor Vernehmung)	
Vors.	2) Besetzung des Gerichts - StA.	
Vors.	3) Feststel[illegible] der Personalien des Angekla[illegible] Vor- u. Zu[illegible] [illegible]nst, Erich, [illegible] Otto, Theodor	PA Bl. A u. C
	Geb.-Tag u. Ort: [illegible] 1905 in [illegible]/Thür.	PA Bl. A u. C
	Beruf: Bundesminis[illegible] f. Heimatvertriebene, Flüchtlinge u. Kriegsbeschädigte	Handbuch f. Bundestag 3. Wahlper. S.
	Wohnort: Bonn, Husarenstr. [illegible]	
	Familienstand: verh.	[illegible] Bl. C
	Staatsangehörigkeit: deutsch	[illegible]. C
StA.	4) Vortrag der Anklage	
RA.	5) Einwand der a) örtlichen Zuständigkeit b) Geltungsbereich c) Immunität	
StA.	6) Erklärung zu Punkt 5	
Vors.	7) Erklärung des Gerichts zu Punkt 5 (Einwand nicht stichhaltig)	
Vors.	8) Verlesung des Eröffnungsbeschlusses	
	M i t t a g s p a u s e	
Vors.	9) Beginn der Beweisaufnahme zur persönl., polit. u. berufl. Entwicklung des Angeklagten	

Bei Gentzen, einem anerkannten Ostforscher, lag der Fall anders. Er hatte 1957 eine strenge Rüge wegen "beharrlich destruktiver Diskussionen" nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn erhalten. Außerdem sah die SED die sozialistische Erziehung seiner Kinder nicht gesichert, da Gentzens Frau kirchlich sehr engagiert war. Er erhielt deshalb vor dem Prozess einen Fingerzeig, seine Gesinnung stehe auf dem Prüfstand.

Eberhard Wolfgramms Wege hatten sich bereits mehrfach mit denen Oberländers gekreuzt. Er hatte in den dreißiger Jahren mit dessen ostpolitischen Ideen sympathisiert und in den gleichen Kreisen Königsbergs verkehrt. Nach 1939 trat Wolfgramm in die sudetendeutsche *Anstalt für Landes- und Volksforschung* im tschechischen Reichenberg ein. Er brachte es dort bis zum *NSDAP*-Gauhauptstellenleiter. In dieser Funktion erlebte er den nach seiner Ablösung in Prag lehrenden Oberländer erneut im Jahre 1944. Nach dem Krieg zunächst in der Bundesrepublik, ging er im Jahre 1956 in die DDR und wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Er verschwieg erfolgreich seine Karriere im Dritten Reich. Erst im Frühjahr 1960 brachte das *MfS* diese Dinge ans Licht. Für die Dauer eines Jahres wurde Wolfgramm deshalb von seinem Posten entbunden und erhielt die Gelegenheit, "sein Verhältnis zum Hitlerfaschismus in der Zeit von 1938 bis 1945 klarzustellen". Sein Auftritt im Oberländer-Prozess war eine erste Bewährungsprobe.

Betrachten wir nun drei Hauptbelastungszeugen, die seitens des KGB für den Prozess beigesteuert wurden - genau genommen zwei Zeugen und ein mutmaßliches Phantom. Seit dem Herbst 1959 hatte der KGB umfangreiches Material vorbereitet und in der Ukraine und im Kaukasus über 50 potentielle Zeugen aufgespürt. Am 24. Februar und 19. März 1960 beschloss das Präsidium des Zentralkomitees der *KPdSU*, die vielversprechendsten 10 Zeugen auf einer Pressekonferenz in Moskau am 5. April zu präsentieren. Darunter waren die Georgier Kerrar Aleskerov und Schalwa Okropiridse sowie ein kaukasischer Volksdeutscher mit Namen Alexander Hammerschmidt. Die beiden Georgier hatten als Offiziere in Oberländers Verbänden gedient, der KGB hatte sie in sowjetischen Gefängnissen ermittelt. Okropiridse verbüßte seit 1949 eine Strafe von 25 Jahren verschärfter Lagerhaft. Er wurde für Pressekonferenz und DDR-Prozess am 21. März begnadigt und freigelassen.

Der Zeuge Kerrar Aleskerow war seinerzeit in der 3. Kompanie des Sonderverbandes *Bergmann* landeskundlicher Berater des deutschen Kompaniechefs gewesen. Beide schilderten nun auf der Moskauer Pressekonferenz die vermeintlichen Morde, Plünderungen und Ausschreitungen Oberländers im Kaukasus. Er habe eine Vielzahl von Kaukasiern durch Folter und lebensunwürdige Umstände zum Dienst in seiner Einheit gepresst und den Hungertod zahlreicher anderer in Kauf genommen. Auf dem Rückzug habe Oberländer etliche Morde unter der Zivilbevölkerung befohlen, öffentliche Einrichtungen gesprengt, geplündert und zahllose mitgeführte Kriegsgefangene erschossen.

Der sowjetische Botschafter Perwuchin hatte Norden das Erscheinen dieser wichtigsten Hauptbelastungszeugen im Oberländer-Prozess zwar zugesagt. Allerdings musste es erst Erich Mielke auffallen, dass die Anklageschrift ihre Aussagen vom 5. April nicht berücksichtigt hatte - in der Tat eine peinliche Panne. Zwei der drei Hauptbelastungszeugen waren in der Anklageschrift nicht aufgeführt, denn die Protokolle waren erst eingetroffen, als Staatsanwalt Funk sein Werk bereits fertiggestellt hatte. Das Gericht beschloss, die beiden Zeugen quasi nebenbei in das Verfahren einzuschleusen.

Der dritte Zeuge, Alexander Hammerschmidt, berichtete, er habe Oberländer 1942 im Kaukasus erlebt und sei dabei gewesen, als Oberländer Ende Oktober oder Anfang November 1942 nach einem Trinkgelage 15 Insassen einer Gefängniszelle eigenhändig gefoltert, die Frauen unter ihnen vergewaltigt und anschließend erschossen habe. Bereits auf der Pressekonferenz verweigerte Hammerschmidt auch hartnäckigen Nachfragern Auskünfte über seine Person und hatte damit Aufsehen erregt. Mehr als sein Geburtsjahr 1918, seinen kaukasischen Geburtsort und seine Kriegsverwendung "im Stabe des Generals v. Kleist" ließ er sich nicht entlocken.

Das Ost-Berliner Gericht hatte Hammerschmidt als einen der Höhepunkte vorgesehen. Die Konsularabteilung der sowjetischen Botschaft hatte sein Kommen jedoch verhindert, indem sie ihn am 21. April 1960 einfach krankmeldete. So wurde sein Sprechzettel der Pressekonferenz erneut verlesen und ins Protokoll aufgenommen. Anders als andere Akteure der Oberländer-Kampagne, ist Hammerschmidt nie wieder aufgetaucht. Auch dazu später mehr.

Vielleicht ahnt man nach diesen Beispielen, wie sehr der Oberländer-Prozess an sechs Verhandlungstagen die Groteske scheinbar objektiver Wahrheitsfindung exakt durchspielte. Die *Deutsche Akademie für Staat und Recht* pries das juristische Grundgerüst als "Russischpreußisch-marxistische Rechtssynthese" - ein ebenso nichtssagender wie lächerlicher Begriff. Die Auftritte der Zeugen waren vielfach widersprüchlich, meist aber tragisch. Ein Vergleich zwischen dem gekürzten, offiziellen Verhandlungsprotokoll und der stenographischen Mitschrift macht deutlich, wie sehr der Prozessverlauf trotz eines akribischen Drehbuchs zuweilen einer skurrilen Sammlung von Pleiten, Pannen und Propaganda glich.

Maßgeblichen Anteil daran hatte Oberländers Pflichtanwalt. Friedrich Wolff sagte später selbst, als Marxist habe er zwar keinerlei Sympathien für Oberländer gehegt, doch in diesem "abgekarteten Sandkastenspiel" habe er sich nicht "zum Affen" machen lassen wollen. Bereits in seiner Verteidigungsdisposition hatte Wolff seine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der meisten Zeugen niedergelegt.

Gerade die Passagen, die im offiziellen Protokoll gestrichen wurden, enthalten seine Kreuzverhöre der Zeugen, seine Verlesungen auch entlastender Dokumente. Seine Einlassungen gegenüber dem Gericht machen einen Großteil der gestrichenen Protokollpassagen aus. Außerdem wurden die zahlreichen Widersprüche, in die sich die Zeugen auch ungefragt verwickelten, kurzerhand gestrichen. In der Rückschau bietet der Verlauf der Verhandlung für den Betrachter beträchtlichen Unterhaltungswert. Für diese Inszenierung fühlt man sich an die Vermutung Jochen Staadts erinnert, vielleicht sei die DDR das größte deutsche Sprechtheater seit Brecht gewesen.

Das Urteil vom 29. April 1960 überraschte somit kaum. Der Vorsitzende Gustav Jahn betonte, eigentlich sei die Todesstrafe für Oberländer angemessen. Dennoch habe das Gericht auf lebenslanges Zuchthaus erkannt - als "Ausdruck für das Bemühen der Deutschen Demokratischen Republik, eine Verschärfung in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu vermeiden". Am 1. Mai wurde der eingangs abgedruckte Steckbrief geklebt und Oberländer zur Fahndung ausgeschrieben. In der Bundesrepublik kursierten Agenturmeldungen, Oberländer solle durch das MfS entführt werden.

- 4 -

8. Blatt 80 a.a.O.: Eventuell politische Beaufsichtigung in Königsberg, Gauleiter wünschte völlige Entfernung als Hochschullehrer.
7. Blatt 75/76 a.a.O.: Greifswald ohne politische Ostarbeit
9. Verlasung derjenigen Teile der Denkschriften, in denen sich O. gegen die Erschiessungen, Mißhandlungen usw. von Kriegsgefangenen sowie Zivilisten wendet.
10. Blatt 4 CSR: "Bündnis oder Ausbeutung" als Entlassungsgrund vom OKW
11. Blatt 5 a.a.O.: Behandlung der Ukraine im Gegensatz zu Versprechungen
12. Blatt 6 a.a.O: Schwierigkeiten durch enkschriften
13. Blatt 7 a.a.O.: dito
14. Blatt 8 a.a.O.: dito
15. Blatt 20 a.a.O.: Vorgesehene und angedrohte Verhaftung

C. Fragen und Vorhalte an Zeugen

1. Stein: Sondereinheit gleich Nachtigall? Erschiessungen nicht selbst gesehen.
2. Korfes: Beziehung der ukrainischen Zivilisten zu Nachtigall?
3. Jacobs: Wie 2
4. Gresko:
5. Sokolnitzki: Keine eigenen ahrnehmungen
6. Gemborowitsch: keine präzisen Angaben
7. Schkrumeljak: Keine eigenen Wahrnehmungen über Nachtigall
8. Kurendasch: Von Nachtigall später gehört
9. Masljak: Verbindung zu Nachtigall?
10. Suroed:
11. Beljajew: Keine eigenen Wahrnehmungen aus der Tatzeit
12. Zandern: und Melnik: rheber des Verbrechens an der polnischen ntelligenz. Wie mit O. abgestimmt?
13. Schpidal: Nur vom Erzählen etwas gehört. Legion teils Podwalstr. Lebedj. Lochnatzkistr. jetzt Dragomanstwstr. dort Erschiessunge
14. Pankiw: Legion gleich Nachtigall? Unterkunft 3. Mittelschule Seminar von Nachtigallen besetzt?
15. Rudnitzki
16. Melnik: o untergebracht? Abrahimowitschseminar von Nachtigall besetzt?
17. Hübner: arum nicht gleich erklärt, daß er O. wiedererkennt h in welcher Strasse lag Feuerwehrdepot?

-5-

Doch die Greiftrupps des MfS hätten allenfalls einen Pensionär erwischt. Adenauer hatte, aus innenpolitischen Gründen, Oberländers Rücktritt zum 3. Mai 1960 bereits erzwungen.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf das Urteil. Im Kern wurde Oberländer darin des dreifachen Mordes schuldig gesprochen: erstens als Offizier des Bataillons *Nachtigall* an mehreren hundert Juden in einem Gefängnis in Lemberg; zweitens an 38 Professoren, ebenfalls in Lemberg; drittens als Kommandeur des Sonderverbandes *Bergmann* an einem Dutzend Gefangener in einem kaukasischen Gefängnis. Geht man diesen Vorwürfen in den Quellen nüchtern nach, kommt einem der Umstand zupass, dass Deutsche zu allen Zeiten alles aufschreiben. In Sachen Lemberg findet sich nirgendwo ein Hinweis auf einen Befehl der Bataillonsführung zur aktiven Teilnahme an dem Pogrom und den grausamen Ereignissen in den Gefängnissen, wohl aber ein Bericht darüber, wie die beobachteten Ausschreitungen in den Reihen des deutschen Personals von *Nachtigall* zu Unruhen geführt hatten. Eine befohlene Teilnahme hätte Oberländers Ideen, der Mission des Bataillons *Nachtigall* und den Einsatzgrundsätzen klar widersprochen.

Angesichts der unübersichtlichen Lage in Lemberg mit ukrainischen Milizen, zahlreichen deutschen Wehrmachts- und SS-Einheiten und vielen tausend Flüchtlingen ist es eher denkbar, dass den Offizieren wie Oberländer die Kontrolle über die Lage zeitweilig entglitten ist. Ein Bonner Gerichtsverfahren gegen das Bataillon *Nachtigall* konnte im Herbst 1960 die Möglichkeit nicht ausschließen, kleinere Gruppen von *Nachtigall*-Angehörigen hätten sich ohne Befehl während ihres Ausgangs an den Morden beteiligt. Diese Möglichkeit bleibt bestehen.

Was die 38 Professoren betrifft, ist die Täterschaft klar: das so genannte "Einsatzkommando z.b.V." der SS erreichte am 2. Juli 1941 Lemberg. Es hatte den Befehl, die 38 Professoren mit Namensliste nebst Angehörigen aufzuspüren und zu ermorden. In den Nächten vom 2. bis zum 4. Juli 1941 verhafteten kleine Patrouillen die Opfer. Am frühen Morgen des 4. Juli wurden sie durch ein Erschießungskommando unter Führung von SS-Untersturmführer Walter Kutschmann ermordet. Nur einer der Professoren überlebte: seine Frau war englische Staatsbürgerin und konnte am 3. Juli seine Freilassung erreichen. Kutschmann meldete die Ermordung wenige Tage später an das Reichssicherheitshauptamt nach Berlin. Auch

bundespresseamt 3346 20/5 2329/fr=

bundespraesidialamt, herrn raederscheidt=

bundeskanzleramt, herrn min rat dr. bach,
herrn min rat selbach=

bundesministerium fuer gesamtdeutsche fragen=

bundes-innenministerium=

bundes-justizministerium=

bundes-vertriebenenministerium=
bundesverteidigungsministerium=

will pankow oberlaender entfuehren lassen?

rom, 20. mai (upi) - der staatssicherheitsdienst de
ajetzone
soll nach einer meldung der italienischen nachrichtenagentur ''continentale'' beabsichtigen, den ehemaligen bundesvertriebenen-minister theodor oberlaender in die sowjetzone zu entfuehren. oberlaender war am 29. april in einem schauprozess in ostberlin in abwesenheit zu lebenslaenglichem zuchthaus verurteilt worden.

die agentur, die auf nachrichten aus den ostblockstaaten spezialisiert ist, will erfahren haben, dass vor einigen tagen im ostberliner staatssicherheitsministerium eine geheimsitzung unter vorsitz von generalleutnant erich mielke stattgefunden habe, bei der plaene fuer die entfuehrung oberlaenders eroertert worden seien. agenten des staatssicherheitsdienstes seien beauftragt worden, oberlaender sowohl in der bundesrepublik als auch im ausland zu beschatten. zu einem geeigneten zeitpunkt solle dann eine besondere ''aktionsgruppe'' von fuenf mann die entfuehrung bewerkstelligen. den angehoerigen dieser gruppe seien hohe belohnungen versprochen worden.

die agentur gab in ihrem bericht zu, dass die geschichte ''phantastisch'' klinge, doch habe sie keine veranlassung, ihren gewaehrsleuten zu misstrauen.

(upi 210 20.5.60)

nachrichtenzentrale+++

diese Meldung findet sich in den Unterlagen des Gerichts. Das Prädikat des "Mörders von Lemberg", dass die DDR und ihre westdeutschen Helfershelfer Oberländer anhängten, ist nicht gerechtfertigt.

Auch bezüglich der Morde im Kaukasus lohnt ein Blick in die einschlägigen Papiere - die Handakten der Staatsanwaltschaft ebenso wie einschlägige MfS-Akten. Dadurch wird das tragische Bemühen der kaukasischen Zeugen deutlich, ihren alten Kommandeur Oberländer als Gegenleistung für die eigene Begnadigung vor Gericht wunschgemäß zu belasten. Ihr Sonderverband *Bergmann*, Oberländers multiethnische Truppe in deutscher Uniform, war bis zu 2.100 Mann stark, kam mit nur 250 Deutschen als Rahmenpersonal aus und war der Roten Armee bis Kriegsende ein Dorn im Auge. Bei seinen kaukasischen Soldaten war Oberländer, wie Tagebücher und Briefe belegen, extrem respektiert. Rufen wir uns in Erinnerung, dass seine positiven Erfahrungen als Kommandeur und sein Eintreten für eine humanere Besatzungspolitik im Herbst 1943 zu seiner Ablösung führten - auf direkte Weisung von Heinrich Himmler. Vor diesem Hintergrund muss man die Mordvorwürfe des Zeugen Hammerschmidt betrachten. Erinnern wir uns an seinen Auftritt in Moskau und seine Aussagen, Oberländer habe in seiner Gegenwart im Gefängnis von Pjatigorsk im Herbst 1942 fünfzehn Häftlinge und eine Lehrerin bestialisch ermordet.

Erinnern wir uns auch an die Tatsache, dass Hammerschmidt jegliche Auskunft über seine Person und seinen Lebensweg verweigert hatte. Offensichtlich hatten auch die Russen Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Albert Nordens vorgesehener Hauptbelastungszeuge wurde durch die Konsularabteilung der sowjetischen Botschaft am 21. April 1960 einfach krankgemeldet. Seitdem ist er nie wieder aufgetaucht. Heftet man sich an seine Spuren, stößt man auf interessante Details. In den Akten der Berliner Wehrmachtsauskunftsstelle findet sich ein Mann gleichen Namens mit geringfügig anderen Lebensdaten. Über ihn ist aktenkundig, dass er als sowjetischer Hilfswilliger im Jahre 1941 dem Stab der Panzergruppe Kleist angehört hat. Die Taten, die er Oberländer vorwirft, finden sich dagegen in verblüffender Übereinstimmung an ganz anderer Stelle. Die SS-Einsatzgruppe D mit ihrem Einsatzkommando 12 meldete für den fraglichen Zeitraum im Herbst 1942 regelmäßige "Tätigkeit" im Gefängnis von Pjatigorsk, eine Umschreibung für Erschießungen. Hier finden sich einmal fünfzehn Partisanen und eine Funkerin, einmal elf Partisanen,

darunter etliche Frauen. Im Gefängnis von Armavir, nordwestlich von Pjatigorsk, entdeckte die Geheime Feldpolizei dreizehn vom sowjetischen *NKWD* hinterlassene Tote, darunter eine weibliche, schrecklich misshandelte Leiche.
Der Verdacht liegt auf der Hand, dass all diese Vorfälle auf Oberländer umgedeutet sein könnten, um sie ihm, gleich den Morden von Lemberg, in die Schuhe zu schieben. Nach dem Untergang der DDR wertete die Kölner Staatsanwaltschaft die Unterlagen des Schauprozesses noch einmal aus und kam 1998 zu dem gleichen Ergebnis. Dieser Verdacht wird bestärkt dadurch, dass Alexander Hammerschmidt auf östlicher Seite in keinem der zahlreichen Verfahren gegen Oberländer je wieder aufgetaucht ist. Hammerschmidt erscheint nachgerade als Phantom, konstruiert aus Teilen eines realen Lebenslaufes. Vielleicht wusste es Erich Mielke am besten, wie manches in der DDR. Seine Hauptabteilung IX/11 überprüfte bis 1986 immer wieder hundertfach alle Beteiligten in den Oberländer-Verfahren - Richter, Anwälte, Zeugen - und kämmte die eigenen Akten durch, um neues Material zu gewinnen. Einen Antrag, die Identität des Hauptbelastungszeugen Alexander Hammerschmidt zu überprüfen, findet sich kein einziges Mal.
Was war nun das Ergebnis der Oberländer-Schlacht? Sie kostete Oberländer sein Amt und zeigte beispielhaft, wie einfach die Bundesrepublik der fünfziger Jahre in die politische Defensive zu bringen war. Doch gleichzeitig kam in der Bundesrepublik die überfällige Diskussion über die unbewältigte Vergangenheit in Gang, die letztlich das Fundament der zweiten deutschen Republik bis heute verfestigte. Der DDR hingegen konnte die Kampagne ihren politischen Offenbarungseid vom 13. August 1961 nicht ersparen, der 1990 offenkundig wurde.

Nun erledigen sich wechselseitige Feindschaften nicht durch Zeitablauf. Für Oberländer und Ost-Berlin war der Kampf 1960 noch lange nicht zu Ende. Als Privatier wider Willen führte er seinen persönlichen Kalten Krieg auf juristischer und publizistischer Ebene fort. Jeden Kritiker überzog er mit einem Gerichtsverfahren, 113-mal stritt er bis zu seinem Tode für seine Rehabilitierung. Seine Ost-Berliner Gegenspieler blieben ebenfalls auf der Hut. Für Kaul, Norden, Mielke und die DDR-Generalstaatsanwaltschaft blieb Oberländer ein vollwertiger Gegner, dessen Rehabilitierung unter allen Umständen verhindert werden musste. Ost-Berlins Hebel dafür war Oberländers unverdrossene Prozessfreude. Auch das *MfS* schaltete sich mit seinen beträchtlichen Ressourcen ein. In dem

1965 gegründeten so genannten "Dokumentationszentrum" perfektionierte Mielkes Ministerium über die Jahre seine Methode, aus Aktenbergen propagandistischen Rohstoff zu gewinnen. Offiziell stand das Zentrum unter der Aufsicht des Innenministeriums, doch tatsächlich saß das *MfS* bei jeder Anfrage mit am Tisch. Der stellvertretende Leiter, Dr. Ludwig Nestler, war *MfS*-Offizier in besonderem Einsatz und entstammte dem für Auswertungen zuständigen Abwehrreferat VII/F der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Brisante Akten wurden im Dokumentationszentrum, dem Potsdamer Staatsarchiv und der Deutschen Bücherei in Leipzig nur mit Erlaubnis des *MfS* den Interessenten vorgelegt, in besonderen Fällen saßen Nestler selbst oder andere *MfS*-Offiziere als Archivare getarnt am Tisch. Alle interessierten Nutzer, ob Journalisten oder Historiker, konnten auf diese Weise mit ersten Informationen "angefüttert" und später mit mal mehr, mal weniger authentischen Dokumenten versorgt werden.

Die Grenzen zwischen Wissenschaft, Medien, Jurisprudenz und geheimdienstlicher Arbeit verwischten auf diese Weise nach außen fast vollkommen. So bot sich die einmalige Möglichkeit, in der deutsch-deutschen Verfolgung von Kriegsverbrechern die Schlagkraft der DDR-Institutionen zu bündeln und den mittlerweile erschlossenen Fundus an Originaldokumenten nach politischem Ermessen optimal einzusetzen. Einzelne Personen und Institutionen der Bundesrepublik ließen sich so gezielt diskreditieren. Das politisch-operative Interesse des *MfS* konnte sich stets hinter dem lauteren, scheinbar objektiven und dazu plakativen Interesse verbergen, dem hehren Ziel der Vergangenheitsbewältigung zu dienen.

Störfeuer, gerade von östlicher Seite, war dabei höchst unerwünscht. So hatten Historiker und Staatsanwälte der polnischen *Hauptkommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen* bereits 1965 die Aussagen der Zeugen im Oberländer-Prozess überprüft. Eine 76-seitige Studie kam zu dem vernichtenden Urteil, sie seien in allen wesentlichen Punkten falsch. Die Polen kamen vielmehr zu dem Ergebnis, die SS und ukrainische Milizen seien für die Morde verantwortlich, Oberländers Bataillon *Nachtigall* dagegen nicht beteiligt. Mielkes MfS sorgte durch eine Intervention bei der polnischen Geheimpolizei dafür, dass dieses Ermittlungsergebnis in einem Panzerschrank verschwand.

Oberländers Gegner und Kritiker wurden bis weit in die achtziger Jahre aus Ost-Berlin unterstützt - mit gefälschten Dokumenten, Geldmitteln, juristischer Hilfe. Prominentester Nutznießer war einer der einstigen Zuhörer im Prozess, den wir bisher nicht erwähnt haben: der Publizist Bernt Engelmann. In mehreren Büchern und Prozessen bereitete er mit Ost-Berliner Hilfe das zweifelhafte Material des Prozesses noch einmal auf. Mit großem Erfolg. Vor dem Bundesgerichtshof und dem Oberlandesgericht München musste sich Oberländer 1986 im Prozess gegen Engelmann bescheinigen lassen, die Richter hätten keine Anhaltspunkte dafür gehabt, dass das Ost-Berliner Verfahren nicht fair geführt und nicht auf die Erforschung der materiellen Wahrheit ausgerichtet worden sei. Es war der einzige von 113 Prozessen, den Oberländer letztinstanzlich verlor. Das Münchner Urteil billigte Engelmann zu, im Prozess von 1960 quasi blind und taub gewesen zu sein. Sechsundzwanzig Jahre nach Oberländers Rücktritt hatten die Ost-Berliner Regisseure der Kampagne einen späten Sieg errungen. Das DDR-Urteil als Ganzes besaß nun seit 1986 das juristische Gütesiegel des Oberlandesgerichts in München. Ein besonders fragwürdiger Fall von Wandel durch Anbiederung. Dieser Erfolg verdeckte die Dürftigkeit der Ost-Berliner Vorwürfe bis zuletzt.
Erst 1990, als die Wiedervereinigung sich abzeichnete, konnte Oberländer zum Telefon greifen, um seine juristische Rehabilitierung zu betreiben. Der beste Experte in eigener Sache war Friedrich Wolff. Er betrieb neben der Verteidigung Erich Honeckers eben auch die Rehabilitation Oberländers. Er erwirkte 1993, dass das Urteil von 1960 kassiert wurde, welches die Münchner Richter 1986 in den Rang der Rechtsstaatlichkeit erhoben hatten. Doch seine juristische Rehabilitation durch ein gesamtdeutsches Gericht - durch Freispruch wegen mangelnden Tatverdachts - sollte er nicht mehr erleben. Mit Verfügung vom 8. Mai 1998 stellte die Kölner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen vermeintlicher Kriegsverbrechen in Lemberg und im Kaukasus gegen ihn ein - eine Woche nach seinem Tode. Das Stigma des "Mörders von Lemberg" nahm er mit ins Grab.

Am 4. Mai 1998 starb Theodor Oberländer, Hitlers Ostlandritter und Adenauers Bundesminister, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband und einer lebenslangen DDR-Haftstrafe, Mitinitiator des zweiten Wirtschaftswunders und Kronjuwel im antifaschistischen Mythenschatz der DDR. Ein deutscher Fall.

A n h a n g

Dem Vortrag, der wohl kaum eine Frage offen läßt, soll hier ein Text nebst einem Foto angefügt sein, der Webseite der Universität Greifswald entnommen. Oberländer war seinerzeit dort als Professor tätig. Seine Biographie wird quasi erschöpfend ausgebreitet und kann als Ergängung zum Vortrag von Wachs dienen, welcher selbst die umfangfreichste Biographie Oberländers verfaßt hat, deren Titel auch weiter unten genannt ist.

Theodor Oberländer

* 1. Mai 1905 Meiningen
† 4. Mai 1998 Bonn
Vater: Geheimer Regierungsrat
Konfession: evangelisch



Die Reifeprüfung legte Oberländer am Gymnasium Bernhardinum in Meiningen ab. Danach ging er für zwei Jahre in die Landwirtschaft. Er studierte sechs Semester Landwirtschaft und bestand das Diplomexamen. Nach weiteren zwei Semestern wurde er zum Dr. agr. Promoviert. Nach weiteren zwei Semestern Volkswirtschaftslehre wurde er auch zum Dr. rer. pol. promoviert. Das Studium unterbrach er für zwei militärische Übungen als Zeitfreiwilliger. Danach reiste Oberländer durch Sowjetrussland, China, Asien und Amerika. 1932 erhielt er eine Assistentenstelle am Institut für ostdeutsche Wirtschaft an der Universität Königsberg, an der er sich 1933 habilitierte. 1933 wurde er zum Direktor des Instituts für osteuropäische Wirtschaft ernannt, das er in den Folgejahren zu einem Instrument der Gegnerforschung profilierte. 1934 wurde er nichtbeamteter außerordentlicher Professor an der TH Danzig. Parallel trieb er seine militärische Ausbildung voran und wurde 1935 zum Leutnant der Reserve befördert. 1937 wurde Oberländer, der eine steile politische Karriere gemacht hatte (u. a. Leiter des Bundes Deutscher Osten), durch eine Intrige zu Fall gebracht und als beamteter außerordentlicher Professor an die Universität Greifswald versetzt. Sein Lehrauftrag umfasste wirtschaftliche Staatswissenschaften und Osteuropäische Wirtschaft. Im Oktober 1940 wurde Oberländer der deutschen Karls-Universität in Prag als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik zugewiesen.

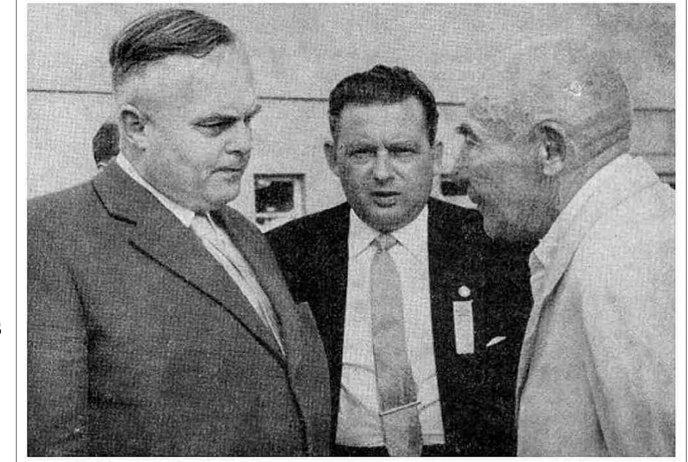
Vermutlich seit 1933 arbeitete Oberländer mit dem Amt Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht zusammen. 1938 nahm er an der Besetzung der sudentendeutschen Gebiete teil. Im Mai 1939 absolvierte er erneut eine militärische Übung und wurde unmittelbar nach Kriegsbeginn im besetzten Polen eingesetzt. 1940 arbeitete er in der Verwaltung des Generalgouvernements und plädierte für eine neue Agrarstruktur. Da die SS für sämtliche Bevölkerungsfragen zuständig erklärt wurde, wechselte Oberländer wieder zur Abwehr, wo er die Zusammenarbeit mit ukrainischen Nationalisten vorantrieb und einen Sonderverband („Bataillon Nachtigall“) aufstellte. Nach der Auflösung dieser Einheit wegen Insubordination und rassistischer Vorgaben der NSDAP stellte er einen Kampfverband aus Angehörigen der kaukasischen Völker in den eroberten sowjetischen Gebieten auf. In mehreren Denkschriften plädierte er für eine Besatzungspolitik, die den deutschfreundlichen Völkern größere Rechte einräumen sollte. Da das politisch nicht gewollt war, wurde er im August 1943 aus der Wehrmacht entlassen und trat seine Stelle in Prag an.

Oberländer geriet 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er nach umfangreichen Verhören entlassen wurde. Danach arbeitete er in der Landwirtschaft. 1950 gehörte er zu den Gründern des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und wurde zum Landesvorsitzenden in Bayern gewählt. 1951 wurde er Staatssekretär für Flüchtlingsfragen im bayerischen Innenministerium und 1953 in den Bundestag gewählt. Jetzt folgte die Ernennung zum Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen. 1955 trat er mit anderen Abgeordneten zur CDU über. 1958 wurde er zum Landesvorsitzenden Oder/Neiße (für die besetzten Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie) gewählt. 1960 führte die DDR (in Abwesenheit) einen Schauprozess gegen Oberländer durch, um die Politik der Bundesregierung zu diskreditieren. Da sich die SPD und einige CSU-Politiker den von Ostberlin erhobenen Vorwürfen anschlossen, trat Oberländer von seinem Ministeramt zurück. 1964 verlor er auch das Amt des CDU-Vorsitzenden der Vertriebenen. Oberländer widmete sich fortan vor allem der Rehabilitierung seiner Person und führte zahlreiche Verleumdungsprozesse. 1993 wurde das Urteil zu lebenslangem Zuchthaus des Obersten Gerichts der DDR aufgehoben. Später wurde nachgewiesen, dass die Unterlagen, die Oberländers persönliche Beteiligung an Massentötungen beweisen sollten, vom Ministerium für Staatssicherheit manipuliert worden waren.

O.: Bund Oberland, Teilnahme am 9. November 1923, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, „Inhaber des grünen Dauerausweises Nr. 419“, 1. Mai 1933 NSDAP (Mitglied Nr. 2 331 552); 1933 bis 1937 Leiter des Landesverbandes Ostpreußen des VDA, 1934 bis 1937 Leiter des Bundes Deutscher Osten, 1933 bis 1937 Gauamtsleiter der NSDAP im Gau Ostpreußen; SA Hauptsturmführer; 1948 FDP, 1950 BHE, 1955 CDU.
Qu.: UAG PA 2693 Oberländer, K 791 Bl. 129; BA Berlin R 4901/13278 Karteikarte Oberländer, Mitgliedskarte Ortskartei; Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt am Main und New York 2000.



Ein Porträtfoto Oberländers aus dem Jahre 1952. Mit dem mürrischen Gesichtsausdruck auf den ersten Blick hier sicher kein Sympathieträger....



… und Oberländer (links) 1958 als Vertriebenenminister im Gespräch.

Auch noch 2016 ruht die „Sache Oberländer” nicht. Eine Antifa-Sektion annoncierte auf einer Webseite für den 8. Juni jenes Jahres folgende Veranstaltung, nebst kurzer Darlegung des Inhalts:

NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA] - BERLIN

STAAT - SENAT - ABSCHIEBUNGEN - NAZI-BANDEN
BÜRGERMOBS - (GEISTIGE) BRANDSTIFTER - GRENZ-REGIME
GEGEN JEDEN RASSISMUS!
WWW.ANTIFA-NORDOST.ORG



Info-Veranstaltung: Die Oberländer-Bandera-Connection
7. März 2016
Die Oberländer-Bandera-Connection
Info-Veranstaltung:
Mi, 08.06.2016 | 19:00 Uhr | Bunte Kuh (Bernkasteler Straße 78 / Weißensee)
Veranstalter*innen: North-East Antifascists [NEA]
Referent: *Dieter Skieber*

[Links ein Wahlplakat der CDU, rechts offenbar das Porträt des vortragenden Genossen Dieter Skieber. Über ihn vermeldet das Netz nichts weiter. EL]

Die Veranstaltung wird sich mit Verhältnis Theodor Oberländers, seines Zeichens Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, zur UON/UPA, im speziellen zum Bataillon Nachtigall Auseinandersetzen. Oberländer nahm am 9. November 1923 am Hitlerputsch in München teil, nach eigenem Bekunden „eher zufällig". Für die Teilnahme am sogenannten „Bierkellerputsch" saß er lediglich vier Tage in Haft. Desweiteren trat Theodor Oberländer als Mitglied der protofaschistischen Freikorps Bund Oberland, welches von durch Rudolf von Sebottendorf gegründet wurde und des völkisch-nationalistischen Schutz- und Trutzbundes in Erscheinung. Anfang Mai 1941 trat Theodor Oberländer seinen Dienst beim Bataillon Nachtigall an, das der faschistischen Abwehr unterstand. Oberländer fungierte hier als Ausbilder, Dolmetscher und „Sachverständiger für die Behandlung fremden Volkstums" und stand dem Befehlshaber der Einheit, Oberleutnant Albrecht Herzner, als Verbindungsoffizier zur Seite. Oberländer befand sich bis zum 6. Juli 1941 in Lemberg, in dieser Zeit beteiligten sich Angehörige seiner Einheit zusammen mit ortsansässigen Kollaborateuren an systematischen Massenmorden an der Zivilbevölkerung, dem sogenannten Massaker von Lemberg. Stepan Bandera war der Führer einer der beiden rivalisierenden Flügel der ukrainischen Nationalistenorganisation OUN; seine auf Aktion drängende, scharf antisemitische Gruppe OUN(B) erfreute sich der besonderen Protektion der deutschen Abwehr. Die Deutschen hatten das Ukrainer-Bataillon, das unter dem Decknamen "Nachtigall" in deutschen Uniformen und unter dem Befehl von Wehrmachtoffizieren in Lemberg einmarschiert war, im Winter 1940/41 aufgestellt.

Categories: Ankündigung, Antifa, Beiträge, Berlin, Gedenken, Infoabend, Nazis, North East Antifa, Region, Themen, Veranstaltung, Weißensee
Tags: Bandera, bunte kuh, Info-Veranstaltung, infoveranstaltung, NEA, north east antifa, North East Antifascists, North-East Antifa, Theodor Oberländer, Ukraine, Weißensee

Die Webseite begleitende Plakate: es wird gekämpft, gekämpft, gekämpft....



